



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/IX/27 - 2.2.54

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 039890

Verhandlungsgegenstand Molotow-Plan	S. 1
Die Sowjetunion und der Ost-Westhandel	S. 3
Zum 65jährigen Geburtstag Albin Karls	S. 5

Wo sich die Geister scheiden

(sp) - Berlin

Die Berichterstattung über die Montag-Sitzung der Berliner Konferenz ist, nach Aufmachung und Kommentierung, in einem Teil der westdeutschen, einschließlich der westberliner Presse nicht korrekt, zum Teil sogar sehr tendenziös. Soweit es sich um Äußerungen "äußerster Enttäuschung" über die Molotow-Rede handelt, wie sie auch von Vertretern der Bundesregierung zu hören waren, mag das als Ausdruck einer seit langen bekannten politischen Auffassung ohne Überraschung hingenommen werden. Im Grunde konnte freilich von keinem vernünftigen Menschen erwartet werden, daß Molotow nach der Bekanntgabe des Eden-Planes nun seinerseits die Diskussion mit einem Beitrag eröffnen würde, der mehr oder weniger eine Aufgabe des bisherigen sowjetischen Standpunktes bedeutet hätte.

Es ist nur selbstverständlich, daß am Beginn einer so entscheidend wichtigen Diskussion, wie es die Beratungen über die Deutschlandfrage auf der Berliner Konferenz sind, die Partner ihre Auffassungen gegeneinander abgrenzen, und zwar in ihren Ausgangspositionen.

Bei der Bewertung der Molotow-Rede spielt die Behauptung eine besonders wichtige Rolle, Molotow habe "kein Wort von freien Wahlen gesagt". Die genaue Prüfung des Wortlautes der Erklärung widerlegt diese Behauptung. Wörtlich hat Molotow erklärt:
"Die Regierungen der USA, Englands und Frankreichs

hielten es für möglich, daß die vier Mächte einem Entwurf des Friedensvertrages noch vor der Bildung einer gesamtdeutschen Regierung ausarbeiten. Kein anderer als der englische Außenminister sagte auf der Konferenz der Außenminister der vier Mächte in London 1947: "Das Ziel, was ich bestrebt war zu erreichen, war die Herbeiführung solcher einer Vereinbarung, so daß diese beiden Erscheinungen gleichzeitig stattfinden können, d.h., daß die Vorbereitung der Bildung einer deutschen Regierung und die Vorbereitung eines Friedensvertrages gleichzeitig laufen. Sobald die Vorbereitung dieses Vertrages abgeschlossen ist, wird auch eine deutsche Regierung da sein, die imstande sein wird, ihre Ansichten darzulegen. Ich dachte daran, daß diese beiden Angelegenheiten gleichzeitig fortgesetzt werden".

Molotow fuhr dann fort:

"Auch die Regierungen der USA und Frankreichs teilten diesen Standpunkt der englischen Regierung. Selbstverständlich kann der Friedensvertrag nur von einer gesamtdeutschen Regierung unterzeichnet werden, die von einem aus freien Wahlen hervorgegangenen Parlament gebildet wird. Eine unserer Hauptpflichten besteht darin, die Durchführung solcher freien Wahlen zu beschleunigen".

Und wenig später fügte Molotow noch einmal hinzu:

"Die endgültige Behandlung und die Annahme des Friedensvertrages soll unter Beteiligung einer gesamtdeutschen Regierung erfolgen, die aufgrund der gesamtdeutschen Wahlen gebildet ist, wobei der Friedensvertrag der Ratifizierung durch das gesamtdeutsche Parlament unterliegt".

Übrigens hat der sowjetische Außenminister auch in seinen ersten improvisierten Bemerkungen zum Edon-Plan am letzten Sonnabend für freie gesamtdeutsche Wahlen plädiert, wobei es eine andere Frage ist, wie sehr die von ihm bei dieser und auch bei früheren Gelegenheiten genannten Modalitäten des Wahlverfahrens einer Korrektur bedürfen.

Es ist klar, daß sich, so wie man es immer vermutet hat, die Dinge unausweichlich auf die Frage nach dem EVG-Vortrag zuspitzen, oder genauer gesagt, auf die Frage, was bis zum Abschluß eines Friedensvertrages für ganz Deutschland mit den Verträgen von Paris und Bonn zu geschehen habe. Der Edon-Plan erwartet das sowjetische Einverständnis dazu, daß, unabhängig von der späteren künftigen Entwicklung, die Bundesregierung zunächst einmal das Recht haben sollte, ihre EVG-Politik bis zur letzten Konsequenz fortzusetzen. Der Standpunkt Molotows ist der, daß es bei der Teilung Deutschlands bleiben werde, wenn die Europäische Verteidigungsgemeinschaft, d.h. die militärische Einbeziehung der Bundesrepublik in das westliche Allianzsystem in der Zeit der Vorbereitung eines Friedensvertrages bis zum Ende durchgeführt werde.

An diesem Punkt scheiden sich die Geister, und es wird vielleicht die schwierigste Aufgabe der ganzen Deutschland-Frage sein, diesen Gegensatz zu überbrücken. In jedem Fall ist es falsch, (vielleicht aber auch nur Ausdruck einer Politik, die darauf ausgeht, die eigene Konzeption uneingeschränkt durchzusetzen, d.h. alles zu verlangen, aber nichts zu gewähren), jetzt so zu tun, als sei der Molotow-Plan eine unteilbare und unabdingbare Forderung. Er ist, auch wenn er in seinem wesentlichen Bestandteil nicht neu ist, ein wichtiges Stück aus der Verhandlungssubstanz der gegenwärtigen in Berlin tagenden Konferenz.

+ + +

Handel zwischen Ost und West lebenswichtig

Auf der Berliner Außenministerkonferenz haben sowohl Molotow, der Außenminister Sowjetrußlands, als auch der britische Außenminister, Eden, auf die Notwendigkeit der Steigerung des Ost-Westhandels hingewiesen. Über die Möglichkeiten eines vermehrten Handelsaustausches äußerte sich in einem Interview mit dem "Hamburger Echo" der Außenhandelsexperte der SPD, Bundestagsabgeordneter Helmut Kalbitzer.

1. Frage: Was behindert heute den Handel mit dem Osten?

Antwort: Nach Ausbruch des koreanischen Krieges verhängten die Westmächte, weitgehend auf amerikanische Initiative, ein Handelsverbot mit dem Osten. Das Osthandels-Embargo war zwar psychologisch verständlich aber ökonomisch wirkungslos. In Paris tagt seit jeher ein Embargo-Komitee, in dem alle Westmächte, auch die Bundesrepublik, die Lieferverbote und -einschränkungen beschließen. Lange Zeit war die Bundesrepublik hierin benachteiligt, aber inzwischen sind wir offenbar, nicht nur dem Namen nach, gleichberechtigt.

2. Frage: Außenminister Eden sprach doch dieser Tage noch davon, daß das Embargo aufrecht erhalten bleiben müsse. Wieso halten Sie es für wirtschaftlich wirkungslos?

Antwort: Weite Grenzgebiete Rußlands sind für die Westmächte unkontrollierbar, so daß der Ostblock wirklich dringenden Bedarf immer mehr oder weniger legal erhält. Außerdem scheint man sich über die Auslandsabhängigkeit der russischen Wirtschaft getäuscht zu haben. Der Ostblock ist heute ein eigenes wirtschaftliches Gravitationsfeld und kann zur Not weitgehend autark bestehen. Der Handel mit nichtkriegswichtigen Waren ist außerdem auch weiter getrieben worden. Embargo-Politik war im Kalten Krieg auch in der Vergangenheit erfolglos. Erinnerung sei nur an den Versuch, Italien auf diese Weise am Krieg gegen Abyssinien zu hindern.

3. Frage: Befürworten Sie eine völlige Freigabe des Osthandels?

Antwort: Nein. Der Ostblock ist ein einheitlich gelenktes Wirtschaftssystem. Der tschechische Handel mit dem Westen zum Beispiel ist nicht unabhängig von russischen Anweisungen. Die Freigabe des Handels mit dem Osten führt unter den westlichen Ländern zweifellos zu einem Catch as catch can, wenn nicht auch die westlichen Länder ihre Handelspolitik koordinieren. Deshalb habe ich auf der Sitzung des Wirtschaftskomitee des Europarates in der vorigen Woche angeregt, daß das Plenum des Europarates auf seiner nächsten Sitzung diese Frage debattieren soll, damit die westlichen Länder in dieser Frage künftig gemeinsam vorgehen können, zum Beispiel im Rahmen der OEEC. Das Embargo-Komitee scheint mir hierfür ungeeignet, da es unter der entgegengesetzten Perspektive nämlich des Handelsverbotes, zustande gekommen war.

4. Frage: Ist Rußland überhaupt an der Wiederherholung des Handels mit dem Westen ernstlich interessiert?

Antwort: Ich glaube ja, denn seit Stalins Tod ist im Lande eine politische Änderung im Gange. Nicht nur Rüstung, sondern Verbesserung der Lebenshaltung ist die neue Parole. Begründet wahrscheinlich aus der Notwendigkeit der neuen Herrscher, Sympathien des Volkes

zu erringen und durch eine kaltblütigere Betrachtung der Kriegsgefahr. Die Umstellung der russischen Wirtschaft zeigt sich zum Beispiel darin, daß Rüstungsfabriken jetzt beginnen, auch Fahrräder in großer Auflage herzustellen. Auf dieser neuen Linie liegt auch die Einfuhr von Textilien und Maschinen zur Erzeugung von Verbrauchsgütern, zum Beispiel die Bestellung von Fischdampfern bei der Howaldt Werft in Kiel.

5. Frage: Und welches Interesse hat der Westen am Osthandel ?

Antwort: Die Vereinigten Staaten haben das geringste Interesse, da sie von Natur aus fast autark sind und niemals einen wesentlichen Handel mit Rußland getrieben haben und von dort nur einige seltene Erze beziehen. Aber die Stagnation der Konjunktur in allen Ländern verstärkt natürlich die Suche nach neuen Absatzmärkten. Der Rückgang der Auftragseingänge der deutschen Maschinenindustrie aus dem Ausland läßt sie natürlich auf den Markt im Ostblock hoffen. Aber wir können dort nicht mit alten Konstruktionen und Großmaschinen auftreten, wie früher, denn das machen die Russen heute selbst, sondern mit Neuentwicklungen und Spezialitäten.

6. Frage: Sind sie von den englischen und französischen Handelsdelegationen, die jetzt aus Moskau gemeldet werden, überrascht ?

Antwort: Nein, nicht im geringsten. Die Lage ist für diese Länder ja ganz andere als für uns. Sie haben gegenseitige diplomatische Vertretungen und Handelsverträge. Von Freundschaftsverträgen zwischen Großbritannien, Frankreich und Rußland ganz zu schweigen. Seit Monaten melden die russischen Zeitungen fast täglich englische Geschäftsbesuche und Kaufabschlüsse.

7. Frage: Wie weit ist Deutschland in den Osthandel eingeschaltet ?

Antwort: Die sowjetische Besatzungszone ist natürlich ganz in die sowjetische Wirtschaftsplanung einbezogen, und muß hauptsächlich mit dem Osten handeln. Die Bundesrepublik hat seit 1948 wieder Handelsabkommen mit den Satellitenländern, die noch von den Besatzungsmächten angeknüpft wurden und noch heute unter deren oberster Kontrolle stehen. Nur mit der Sowjetunion und Rumänien waren die Beziehungen ganz abgerissen. Aber in den letzten Monaten sind mühsam die ersten Geschäftabschlüsse zustande gekommen. Englische Geschäftsleute beargwöhnen oftmals den deutschen Osthandel, weil sie ihn nur als Konkurrenz empfinden. Aber bei einer friedlichen Politik ist der Markt groß genug für alle interessierten Länder. Export heißt für die Bundesrepublik genau wie für Großbritannien volle Beschäftigung der Industrie. Wenn ein Land vom Markt verdrängt wird, so bedeutet es Arbeitslosigkeit und soziale Unruhe. Deshalb ist die friedliche Zusammenarbeit auch im Osthandel ein wichtiges Mittel für alle Länder.

8. Frage: Was versprechen Sie sich für den Osthandel von der Berliner Außenminister-Konferenz ?

Antwort: Die Normalisierung des Handels in den letzten Monaten hat sicher die Stimmung für diese Konferenz günstig beeinflusst. Der Wirtschaftsausschuß des Europarats hat dem Vorschlag einer positiven Osthandelsdebatte auch deshalb so günstig aufgenommen, weil die Delegierten aller Länder hierin einen Weg sehen, die Weltlage zu entspannen. Wenn die Russen ihre innerpolitische Linie der Verbesserung der Lebenshaltung konsequent fortsetzen, brauchen sie, wie auch ihr größter Partner China, diesen Handel, und könnten zu politischen Zugeständnissen bereit sein. Dann dürften auch die Amerikaner dem West-Osthandel nicht mehr so ablehnend gegenüberstehen wie bisher.

Albin Karl 65 Jahre alt

(sp) Albin Karl, Mitglied des geschäftsführenden Bundesvorstandes des Deutschen Gewerkschaftsbundes, vollendet am 5. Februar sein 65. Lebensjahr. Dem Sohn eines thüringischen Porzellanarbeiters erwuchs aus dem Erlobnis einer entbehrungsreichen Jugend - er mußte schon als Neunjähriger zum Unterhalt seiner in bedrängten Verhältnissen lebenden Familie beitragen - der Impuls zur Mitwirkung an der sozialen Befreiung der arbeitenden Klassen.

Diesen Auftrag des Schicksals hat er erfüllt. Seit mehr als vier Jahrzehnten steht er als hauptamtlicher Funktionär im Dienst der Arbeiterbewegung. Der Verband der Porzellanarbeiter bestellte ihn 1912 zu seinem stellvertretenden Bezirksleiter für Thüringen und betraute ihn nach dem ersten Weltkrieg mit der Schriftleitung des Verbandsorgans "Die Ameise". Von 1928 bis zum Ende der Weimarer Republik war er Vorsitzender des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands in Hannover und Mitglied des Bundesausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Auch saß er in verschiedenen Kommissionen des vorläufigen Reichswirtschaftsrats und kandidierte bei den letzten demokratischen Wahlen zum Deutschen Reichstag auf der Reichsliste der SPD.

Unter dem Hitlerregime nutzte er die Generalvertretung einer Seifenfabrik zu einer konspirativen Tätigkeit im Geheimen. Bei einer illegalen Zusammenkunft im Jahre 1935 verhaftete ihn die Gestapo und steckte ihn für vier Monate in ein KZ. Insgesamt war er in den zwölf Jahren 17 Monate seiner Freiheit beraubt.

Eine vordergründige Rolle spielte er bei der Wiedererrichtung der demokratischen Institutionen in Niedersachsen. Gemeinsam mit Kurt Schumacher und Gustav Bratke führte er die ersten Verhandlungen mit der britischen Militärregierung über die Lizenzierung der SPD. 1947 wurde er zum stellvertretenden Vorsitzenden des DGB für die britische Zone und zwei Jahre darauf auf dem Gründungskongreß des DGB für das Gebiet der Bundesrepublik zum hauptamtlichen Vorstandsmitglied gewählt. Als Leiter der Hauptabteilung Finanzen ist er der Treuhänder des Vermögens der größten deutschen Arbeitnehmerorganisation.

Den internationalen Ruf, den er als gewerkschaftlicher Organisator genießt, bestätigte seine Japanreise im vergangenen Sommer, die er im Auftrag des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften unternahm, um die Lage der Gewerkschaftsbewegung im Fernen Osten zu studieren und beim Ausbau der vor einiger Zeit in Tokio errichteten Zweigstelle des IFGB mitzuwirken.

+ + +